

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Mulayam Singh Yadav regiert wieder in Lucknow

Im bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh (U. P.) ist es Ende August überraschend zu einem Regierungswechsel gekommen. Die Ministerpräsidentin Mayawati von der vor allem von Dalits unterstützten Bahujan Samaj Party (BSP) kündigte die Regierungskoalition mit der BJP auf. Die Hindunationalisten wurden von diesem Manöver kalt erwischt: Noch Tage zuvor hatte die BSP bei einer Mißtrauensabstimmung im indischen Parlament die von Premierminister A. B. Vajpayee (BJP) angeführte Bundesregierung unterstützt. Vermutlich hatte Mayawati mit diesem Schachzug auf Neuwahlen spekuliert. Die BJP tat ihr aber diesen Gefallen nicht und ermöglichte stattdessen Mayawatis Erzfeind, Mulayam Singh Yadav, eine neue Regierung zu bilden. Mulayam Singh gelang es binnen kurzer Zeit, mit Hilfe einer Reihe von Überläufern aus der BSP die nötige Mehrheit im Landtag zusammenzubringen. Auch der Congress, einige kleinere Parteien und unabhängige Abgeordnete unterstützten ihn. Mulayam Singhs Partei, die Samajwadi Party (=Sozialistische Partei), stützt sich vor allem auf die mittleren Bauernkasten in U. P. (die sogenannten Other Backward Classes, kurz OBC). Finanziell wird Mulayam Singh von einem der führenden indischen Konzerne, der Reliance-Gruppe, massiv gefördert.

Mayawatis Regierung war im Sommer immer heftiger wegen Korruptionsvorwürfen in die Kritik geraten. Regierungsmitarbeiter sollen gegen Bestechung das umstrittene Projekt einer gigantischen Shopping Mall direkt neben dem weltberühmten Taj Mahal in Agra genehmigt haben. Der Oberste Gerichtshof kippte diese Pläne schließlich aus Denkmalschutzgründen. Gegen Mayawati wurden inzwischen auch in weiteren Fällen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Amtsmißbrauch und Unterschlagungen eingeleitet. Es war ihre dritte Amtszeit als Ministerpräsidentin von U. P. - auch die vorherigen hatten nur wenige Monate gedauert.

Für die BJP ist der Bruch der Koalition mit der BSP ein strategischer Rückschlag weit über U. P. hinaus. Auch in den anstehenden Landtags- und nationalen Parlamentswahlen kann sie nun nicht auf die Stimmen der BSP-Anhänger für ihre Kandidaten hoffen. In diesem Jahr stehen noch Wahlen in Mizoram (am 20. November) sowie in Madhya Pradesh, Rajasthan, Chattisgarh und Delhi (am 1. Dezember) an. Im kommenden Jahr wird dann das nationale Parlament, die Lok Sabha, neu gewählt (Weitere Informationen und Hintergründe zum Regierungswechsel in U. P. im Beitrag von Thomas Berger in dieser Ausgabe).

Archäologenkontroverse um Ayodhya geht nach Grabungen weiter

Indiens höchste archäologische Institution, der *Archeological Survey of India* (ASI), kommt in seinem Abschlußbericht zu den mehrmonatigen Grabungen in Ayodhya zu dem Ergebnis, daß unter der 1992 zerstörten Babri-Moschee ein Hindutempel aus dem 10. Jahrhundert stand; dafür sprächen eine Reihe von Funden, wie Säulenfundamente und Steinmetzarbeiten. Dieses Ergebnis kommt den Hindunationalisten sehr gelegen, die seit langem fordern, an der Stelle der Babri-Moschee aus dem 16. Jahrhundert einen Tempel für den Gott Ram zu errichten; an eben dieser Stelle sei Ram geboren, argumentieren sie. Das Ergebnis der ASI-Untersuchungen ist insofern erstaunlich, als ein Zwischenbericht wenige Wochen zuvor noch „keine Anzeichen“ für einen Tempel vermelden konnte. Kritiker des ASI-Berichts monieren, in Wirklichkeit sei nichts Neues in Ayodhya gefunden worden; die Interpretationen des ASI seien zweifelhaft und offenkundig politisch motiviert; der ASI ist in der Tat unter der BJP-geführten Regierung zunehmend unter den Einfluß hindunationalistischer Ideologen geraten. Allerdings ist eine objektive Überprüfung der ASI-Untersuchung dadurch erschwert, daß der mehrere hundert Seiten starke Report nur einem Gericht in Uttar Pradesh vorliegt und nicht veröffentlicht ist. Der *High Court* von Allahabad hatte die Ausgrabungen angeordnet, hat aber bisher keine Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen.

...Im Überblick

Oberstes Gericht kritisiert Regierung Gujarats scharf

In ungewöhnlich scharfem Ton hat der oberste Gerichtshof Indiens die Landesregierung Gujarats wegen der mangelnden Strafverfolgung nach den antimuslimischen Pogromen 2002 gerügt. Bislang ist niemand wegen der Massenmorde verurteilt worden, bei denen nach offiziellen Angaben an die 1.000, unabhängigen Schätzungen zufolge mehr als 2.000 Muslime starben. Gegen die muslimischen Verdächtigen, die einen Zug mit Hindupilgern in Godhra in Brand gesteckt haben sollen, wurde das Antiterrorgesetz POTA eingesetzt. Bei der Aufarbeitung der anschließenden antimuslimischen Krawalle haben die Behörden Gujarats allerdings keine entsprechenden Maßnahmen für nötig gehalten. Im Gegenteil: Zeugen wurden derart eingeschüchert, daß sie ihre Aussagen vor Gericht zurückzogen. Wenn die Regierung Gujarats nicht für ein funktionierendes Justizwesen sorgen könne, müsse sie zurücktreten, befand der Supreme Court in Delhi.

Missionarsmörder verurteilt

Im Prozeß um den Mord an dem australischen Missionar Graham Staines ist der Hauptangeklagte, Dara Singh, zum Tode verurteilt worden. Staines und seine zwei Söhne, acht und zehn Jahre alt, waren 1999 im ostindischen Orissa bei der Übernachtung in ihrem Auto lebendig verbrannt worden. Zwölf Mittäter Singhs müssen lebenslang ins Gefängnis, entschied das Gericht in Bhubaneswar. Den radikalen Hindus waren Staines' missionarische Aktivitäten unter der Stammesbevölkerung Orissas ein Dorn im Auge.

Dara Singh hatte ein schriftliches Geständnis abgelegt. Die Todesstrafe wird in Indien nur selten bei besonders grausamen Mordfällen verhängt. Die Angeklagten haben Berufung eingelegt.

Wassermegaprojekt stößt auf Kritik aus Bangladesh

Bangladesh macht sich Sorgen um Indiens Pläne, die wichtigsten Flüsse des Landes in einem aufwändigen Kanalsystem zu verbinden und bei Bedarf umzuleiten. Solche Vorhaben müßten mit den Nachbarn abgestimmt werden, sonst seien sie völkerrechtlich nicht zulässig, erklärte die Regierung Bangladeshs. Praktisch alle großen Flüsse Bangladeshs kommen aus Indien. Die indische Regierung hat eine Kommission unter Exminister Suresh Prabhu damit beauftragt, die Machbarkeit der Kanal- und Dammpläne zu studieren, mit denen der chronische Wassermangel im Westen und die Überschwemmungen im Osten Indiens ausgeglichen werden sollen. Auf einem „Wassergipfel“ mit Bangladesh argumentierte die indische Seite, bislang seien die Pläne erst in der Anfangsphase, daher sei noch keine Abstimmung mit den Nachbarländern erforderlich.

Übergelaufener Rebellenführer Kuka Parrey in Kashmir getötet

Mitte September ist Mohammed Yusuf alias Kuka Parrey, der prominenteste für Indien kämpfende Milizenführer Kashmirs, vermutlich von Separatisten erschossen worden. Parrey hatte bis 1994 zunächst ebenfalls gegen Indien gekämpft, war anschließend aber mit ca. 1.000 Kämpfern übergelaufen. Seine berüchtigten Truppen hatten dann mit den indischen Sicherheitskräften bei der Aufstandsbekämpfung zusammengearbeitet, unter anderem als Informanten. Mitte der Neunzigerjahre hatten die Surrendered Militants ihre stärkste Phase. Damals dürfte ihre Zahl über 3.000 betragen haben. Kuka Parrey hat sich später auch als Politiker an Wahlen beteiligt.

BJP-Politiker vor Gericht

Eine weitere Gerichtsentscheidung zum Thema Ayodhya hat für Furore gesorgt. Im Verfahren um die Beihilfe zur illegalen Zerstörung der Babri-Moschee 1992 wurden alle Vorwürfe gegen Vizepremier L. K. Advani (BJP) fallengelassen. Advani und weitere BJP-Führer waren während der Zerstörung in Ayodhya anwesend. Das Gericht wertete Augenzeugenberichte zu seinen Gunsten, wonach Advani die aufgebrachte Menge fanatischer Hindus zurückzuhalten versucht habe, als sie die Moschee zertrümmerte. Gegen andere führende BJP-Politiker, darunter Erziehungsminister Murli Manohar Joshi, wurde allerdings Anklage erhoben. Joshi reichte sofort seinen Rücktritt ein, den Premier Vajpayee allerdings nicht akzeptierte. Kommentatoren vermuteten, daß sich Joshi als „Märtyrer“ für die Sache von Ayodhya bei den Hindu-Hardlinern profilieren will, denen Advani und besonders Vajpayee zu halbherzig für den Tempel in Ayodhya eintreten.